

Von einem, der auszog, die Praxis zu treffen Vernetzungen in Harvard

Christian Kreuder-Sonnen

Es war eine dieser Wochen in Harvard: Am Montag gab es für uns Gastforscher*innen am Center for European Studies (CES) eine Lunch-Diskussion mit dem Botschafter der EU in den USA, am Mittwochnachmittag hielt ein deutscher Europaabgeordneter der Grünen einen Vortrag über seine politischen Pläne in der kommenden Legislaturperiode, bevor ein paar von uns am Abend noch einen Bundestagsabgeordneten der FDP in einer Bar trafen – eingefädelt vom Programmbeauftragten am CES. Am Freitag und Samstag fand die von Studierenden organisierte „German American Conference“ an der Harvard Kennedy School statt, bei der ich auf der Treppe erst beinahe Friedrich Merz über den Haufen rannte und mir später den Vortrag von Peer Steinbrück anhörte. Bundespräsident Steinmeier war da schon wieder abgereist.

Das war der Moment, in dem ich mich dazu bemüht fühlte, einen meiner geistreichen Tweets zu verfassen: „Two months at #Harvard and I've seen/interacted with more German/EU practitioners than in the past five years in #Berlin. Good? Bad? My bad? @EuropeAtHarvard @WZB_Berlin #GAC“. Diese Aussage ist keine Übertreibung, und die Fragen sind alle ernst gemeint. Es ist doch erstaunlich, dass ich als Doktorand und Postdoc gerade am WZB, das ja in Deutschland überdurchschnittlich stark mit Politik und Praxis vernetzt ist, kaum einmal in die Nähe von Entscheidungsträger*innen gekommen bin, während das in Harvard alltäglich passiert. Wie ertragreich diese Begegnungen sind, darüber lässt sich sicher streiten. Aber dass grundsätzlich für die Sozialwissenschaften ein reger Austausch zwischen Forschung und Praxis wünschenswert ist, steht wohl außer Zweifel. Daher scheint es nützlich, etwas intensiver darüber nachzudenken, warum die Kontakte in Amerika leichter möglich sind als in Deutschland.

Zunächst sehe ich einige kulturelle und institutionelle Unterschiede. In den USA ist die Durchlässigkeit zwischen Politik und Politikwissenschaft bekanntermaßen sehr viel größer, und gerade in Harvard ist die Forschung noch viel policy-orientierter als die viel zitierte „problemorientierte Grundlagenforschung“

am WZB. Das schafft persönliche Netzwerke, die professionsübergreifend sind, und eine Kultur des Austauschs, bei der Praktiker*innen bei einer akademischen Podiumsdiskussion nicht als Fremdkörper gesehen werden, sondern als Selbstverständlichkeit. Meiner Wahrnehmung nach herrscht in Deutschland nicht zuletzt aufseiten der Wissenschaft sehr häufig eher Argwohn gegenüber zu großer Nähe zur Politik; es besteht Furcht vor Vereinnahmung und vor dem Verlust der Unabhängigkeit. Vor allem unter Nachwuchswissenschaftler*innen – und ich weiß, wovon ich rede – herrscht oft Angst vor der eigenen Courage: Ist mein Forschungsergebnis wirklich robust genug, um es einer Entscheidungsträgerin vorzuhalten? Was ist, wenn eine dieser Praktiker-Nachfragen kommt, auf die ich nicht antworten kann? Und: Habe ich überhaupt etwas politisch Relevantes zu sagen?

In Harvard scheint es diese Berührungspunkte nicht zu geben. Wie selbstverständlich ergehen sich hier schon die Studierenden im Networking; Forschende debattieren routiniert mit den Praktiker*innen (die häufig selbst ehemalige Akademiker*innen oder Forscher*innen mit Praxiserfahrung sind). Vielleicht gibt es kulturelle Unterschiede, die der Interaktion von Studierenden und Forschenden mit Entscheidungsträger*innen eine gewisse Selbstverständlichkeit verleihen. Dabei wird mir hier auch immer klarer, dass diese Interaktion nicht immer als expliziter Austausch über Forschungsergebnisse und ihre praktische Anwendbarkeit aufgefasst werden muss. Es muss nicht gleich „Politikberatung“ sein, oft reicht ein eher niedrigschwelliges „being in touch“. Man redet, man kennt sich, man diskutiert – Informationen fließen informell und implizit.

Natürlich ist nicht jede Promovierende und jeder Postdoc in Harvard bestens vernetzt und erklärt über Häppchen hinweg den Mächtigen die Welt. Es mag mehr Austausch geben als in Deutschland, aber auch hier gibt es Unterschiede, und es braucht Strukturen und Personen, die den Austausch ermöglichen. Das CES etwa leistet sich seit ungefähr eineinhalb Jahren einen „program manager“, dessen Haupt-

aufgabe (nach meiner Interpretation) darin besteht, am Institut eine lebhaftere Interaktionskultur zu schaffen. Mit politikwissenschaftlichem Hintergrund, kurzer Karriere an der Wall Street, einigen Jahren in Think Tanks in Washington D.C. und täglich gelebter Umtriebigkeit ist der jetzige Stelleninhaber der geborene „Facilitator“. Wie viel meiner Interaktion mit der Praxis hier schlicht mit ihm zu tun hat, ist mangels Vergleichswert schwer zu sagen, aber auf individueller Ebene spielen seine Kontakte, die informellen Zusammenführungen und die Organisation formaler Events durchaus eine große Rolle.

Wollte man in Deutschland allgemein und am WZB im Besonderen Maßnahmen ergreifen, um den Austausch zu fördern, so scheint mir das auf den genannten persönlichen und strukturellen Ebenen sogar aussichtsreich. Die Frage ist allerdings, ob es auch gelingt, das Interesse von Praktiker*innen in Deutschland zu wecken, sich vermehrt mit den dort Forschenden auseinanderzusetzen. Mehr noch als kulturelle und institutionelle Unterschiede scheint mir bei genauerer Betrachtung nämlich ausschlaggebend, dass es sich bei Harvard eben um Harvard handelt – und diese Eigenschaft ist schwer nachzuahmen. Die weltweit herausragende Reputation der Universität und vieler ihrer Angehöriger wirkt wie ein Magnet für Forschende, aber vor allem auch für politische und wirtschaftliche Entscheidungsträger*innen, die sich gern in ihrem Umfeld zeigen und wie selbstverständlich davon ausgehen, dass sie hier mit den klügsten und wichtigsten Köpfen zusammentreffen werden.

Es ist schwer zu sagen, inwieweit dieser Hype gerechtfertigt ist. Für mich ist das Umfeld hier durchaus beeindruckend, aber mein Gefühl ist auch, dass „Harvard“ in gewisser Weise zu einer sich selbst erfüllenden Prophezeiung geworden ist. Es ist doch nicht zwingend logisch oder notwendig, dass Angela Merkel bei der Graduiertenfeier in Harvard spricht und nicht in München; dass die Robert Bosch Stiftung eine Gruppe Bundestagsabgeordneter zu einem zweiwöchigen „executive training“ an die Harvard Kennedy School schickt und nicht an die Hertie School; dass Sigmar Gabriel am CES ein- und ausgeht und nicht am WZB; oder dass eine ganze Ladung von Parlamentarier*innen, Regierungsbeamt*innen und Wirtschaftsvertreter*innen zu einer Studierendenkonferenz nach Boston einfliegt, während viele Universitäten in Deutschland dafür kämpfen müssen, ehemalige Politiker*innen als Gastredner*innen zu gewinnen. Aus meiner persönlichen Perspektive ist es durchaus komisch, dass ich erst den Kontinent wechseln musste, um verstärkt

in Kontakt mit deutschen und europäischen Entscheidungsträger*innen zu kommen, von denen viele – wie ich – normalerweise in Berlin leben und arbeiten.

Will man diesen Befund bildungspolitisch einordnen, dämmert einem aber natürlich, dass diese Situation auch das Resultat einer politischen Grundsatzentscheidung ist. Deutschland wollte kein „Harvard“ aufbauen, sondern mehr in die Breite finanzieren und Studierenden den Schulden-Horror ersparen, dem sich jede*r Zweite für eine Ausbildung an einer Universität der Ivy League aussetzen muss. Sich als Knotenpunkt zu etablieren, als Ort, an dem sich exzellente Forschung und führende Entscheidungsträger*innen begegnen, kostet eine Menge Geld. Auch in den USA erreichen diesen Status maximal eine Handvoll Universitäten. Meine erst einmal positiven Eindrücke aus Harvard lassen sich mit Sicherheit nicht auf den Großteil der amerikanischen Bildungsinstitutionen übertragen. Im Gegenteil: Die mehr als 75 Prozent aller Studierenden in den USA, die an öffentlichen und damit häufig unterfinanzierten Universitäten oder Colleges eingeschrieben sind, werden – genau wie ihre Professor*innen – von diesem hochrangigen und intensiven Austausch zwischen Wissenschaft und Praxis herzlich wenig mitbekommen.

Ohne Zweifel also machen die Harvardianer*innen ihre Sache gut. Will man den Austausch zwischen Forschung und Praxis stärken, kann man sich hier bei den institutionellen Strukturen und der gelebten Kultur etwas abschauen. Die herausgehobene Stellung der Universität Harvard aber ist nicht nur praktisch schwer imitierbar, sie ist auch normativ fragwürdig, da sie zumindest mittelbar auf Kosten der Schwächeren geht. Dies führt mich zu der Selbstreflexion, dass ich momentan in einer ausgesprochen privilegierten Situation bin: Ein WZB Merit Fellowship erlaubt es mir, für ein halbes Jahr in Harvard zu forschen – ohne weitere Verpflichtungen, sodass ich Zeit und Raum habe, mich dem beschriebenen Austausch hinzugeben. Selbst in Harvard sind diese Bedingungen nicht für alle gegeben. Ob die Postdocs und Teaching Assistants hier, die kürzlich erst wegen Überlastung und Unterbezahlung gestreikt haben, meine positiven Einschätzungen teilen würden, muss ich abschließend mit einem Fragezeichen versehen.



Christian Kreuder-Sonnen ist Juniorprofessor für Politikwissenschaft mit Schwerpunkt internationale Organisationen an der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Zuvor war er wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Global Governance am WZB. [Foto: David Ausserhofer]

christian.kreuder-sonnen@wzb.eu